

Die **EXEKUTIVE**

Nr. 3+4 | 2021 | € 3,97



**Covid-Impfung: Die Exekutive hat sich so
eine Behandlung nicht verdient!**

Foto: Adobe Stock/ © insta_photos

AUTOHAUS
FIOR
www.fior.at



CITROËN DS AUTOMOBILES PEUGEOT

Autohaus Fior GmbH

Ihr Partner für CITROËN, DS und PEUGEOT

Kärntner Straße 69-71, 8020 Graz

Tel: 0316 / 27 12 55, office@fior.at

Facharzt für Urologie
Univ. Prof. Dr.

Richard ZIGEUNER

Stellv. Leiter Univ.-Klinik Graz

- gesamte Urologie inklusive laparoskopische Eingriffe (Niere)
- urologische Tumorerkrankungen

Ord.: Mo+Do 16-22 Uhr nach
tel. Voranmeldung (nur privat)

unter 0664 / 92 03 706

Franckstraße 21
8010 Graz
(Parterre links)
www.urologe-zigeuner.at

Herz-Jesu Apotheke Graz

Mag. Claudia Rodas Gruber



8010, Nibelungengasse 26

Tel: ++43(0)316 8306 29

Fax:++43(0)316 8306 2919

www.apotheke-herz-jesu.at

SPENGLEREI DACHDECKEREI
WALLNER
GmbH
JUDENBURG

info@wallnerdach.at

www.wallnerdach.at

Tel.: 03572-82712-10

Fax.: 03572-84148-30



Tel. 059 808
service@oebv.com

Die ÖBV
Risikoanalyse

Mein Risiko im Fokus.

**Besser richtig versichert.
Mit der ÖBV Risikoanalyse.**

- > Nicht mehr doppelt oder unterversichert
- > Mit den richtigen Fragen zu Ihrem persönlichen Risikoprofil
- > Gezielt den Überblick über den aktuellen Versicherungsbedarf erhalten

Kostenlos und
unverbindlich.
Gleich Termin
vereinbaren

Mit der ÖBV durchs Leben. www.oebv.com

Deine Personalvertretung!

EU: Verbesserte Vernetzung von Polizeidaten

9



IMPRESSUM

Eigentümer, Herausgeber und Verleger:

Kameradschaft der Exekutive Österreichs im ÖAAB,
1080 Wien, Laudongasse 16

Vorsitzender: Reinhard Zimmermann

Pressereferent: Leonhard Schinkel, Gerhard Diem

Redaktion: 1080 Wien, Laudongasse 16,
Telefon: 01 / 401 43 226.

Büro erreichbar: Mittwoch und Donnerstag: 8.00-15.00 Uhr
BAWAG PSK-Konto Nr. 1280764

Anzeigenleitung: Leopold Schneider

Inhalt: Informationen und Nachrichten für Mitglieder und Freunde der Interessensvertretung KdEÖ im ÖAAB. Vom Autor gezeichnete Kommentare stimmen nicht immer mit der Meinung des Herausgebers überein.

Grafik: Werbeagentur Rypka, Unterberg 58-60,
8143 Dobl/Graz, www.rypka.at

Druck: Druckhaus Thalerhof, Gmeinergergasse 1 – 3,
8073 Feldkirchen bei Graz

ZVR-Nr.: 316 299 167

e-mail: kdeoe@dieexekutive.at



Österreich führte 17 afghanische Staatsangehörige nach Afghanistan zurück.

11

Die Exekutive

Seit 1948 das offizielle Organ der Kameradschaft der Exekutive Österreichs
Ausgabe 3+4 2021

Inhalt

Jede Verwertung, insbesondere Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung, Mikroverfilmung, Einspeisung und Verarbeitung in elektronischen Systemen bedarf der Zustimmung des Herausgebers.

I N H A L T

GÖD - Justizwachegewerkschaft über den Impfplan im Strafvollzug empört!

13



Grundlegende Neuaufstellung des Verfassungsschutzes in Österreich
Das BVT ist damit Geschichte

21



Kriminalität geht zurück - Aufklärungsquote steigt

22



Schwerpunktaktionen gegen illegale Migration und Schlepperei

24-25



Bereits seit 30 Jahren versehen Frauen den uniformierten Exekutivdienst

32



Hat sich dein Name oder deine Adresse geändert?

In diesen Fällen sende uns ein E-Mail (kdeoe@dieexekutive.at).
Du kannst uns aber auch auf unserer Website www.dieexekutive.at deine neuen Daten bekannt geben.





Reinhard Zimmermann

Anschober und Kickl – keine Freunde der Polizei!

Werte Kameradinnen und Kameraden!

Eigentlich hatte ich mir für diese Ausgabe vorgenommen, dass ich einmal etwas Positives berichten möchte, leider zwingen mich aber zwei Themen dazu, doch wieder einen kritischen Artikel zu schreiben, weil ich euch einfach meine Sichtweise nicht vorenthalten will.

Erstes Thema:

Ursprünglich hatte das Innenministerium die Zusage, dass der lange erwartete Impfstoff in der Kalenderwoche 12 geliefert werden und in der KW 13 mit den Impfungen der Kolleginnen und Kollegen begonnen werden sollte. Dafür hat das Innenressort alle nötigen Vorkehrungen getroffen. An 20 Standorten und 60 Impfstellen sollte jeder Kollege und jede Kollegin freiwillig die Impfung in Anspruch nehmen können. Dass sich durch einen Lieferengpass, durch wen immer hervorgerufen, dieses Vorhaben um eine Woche nach hinten verschieben muss, haben wir als Personalvertretung ja noch verstanden und zähneknirschend hingenommen. Als uns dann aber über die Medien vom Gesundheitsministerium mehr oder weniger ausgerichtet wurde, dass wir noch bis Ende April zuwarten

müssen, weil plötzlich nun doch andere Altersgruppen bevorzugt zu impfen geplant sind, brachte uns diese Nachricht auf die Barrikaden.

Als uns über die Medien vom Gesundheitsministerium ausgerichtet wurde, dass wir noch bis Ende April zuwarten müssen, brachte uns diese Nachricht auf die Barrikaden.

Natürlich haben wir sofort alle unsere Verbindungen genutzt und in Gesprächen darauf hingewiesen, dass wir uns das nicht gefallen lassen, und dass sich unsere Polizistinnen und Polizisten eine solche Behandlung durch den Gesundheitsminister Anschober nicht verdient haben. Zeitgleich wurde von uns ein entsprechender Antrag im Zentralausschuss und der Polizeigewerkschaft gestellt, dass die vereinbarten Termine mit ausreichendem Impfstoff zu gewährleisten seien. Die Antworten darauf lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Fest steht aber,

dass es dem Gesundheitsminister Anschober offensichtlich nicht wichtig ist, das Personal im Innenministerium wie vereinbart zu impfen. Fest steht auch, dass das Gesundheitsministerium innerhalb von fünf Tagen nicht in der Lage war eine Entscheidung zu treffen. Innenminister Karl Nehammer hatte sich ebenfalls mit all seiner Kraft für eine Impfung im Sinne der Vereinbarungen stark gemacht. Man könnte nun meinen, dass dies innerhalb der Koalition eine eigentlich einfache Sache wäre, ist es aber nicht, denn in Krisenzeiten entscheidet der Gesundheitsminister wer, wann, wo und mit welchem Impfstoff geimpft wird.

Nach fünf Tagen war das Gesundheitsministerium dann soweit, dass man der Polizei für die nächsten fünf Wochen einmal 500 Impfdosen zur Verfügung stellen wird. Bei einem Personalstand von rund 33.000 Außendienstpolizisten und weiteren rund 5.000 Verwaltungsbediensteten kann sich jeder ausrechnen wie lange es dauern wird, bis wir zumindest einmal durchgeimpft sind. Klar, das ist besser als der berühmte Stein am Schädli, allerdings zeigt es mir auch die mangelnde Wertschätzung durch den Minister Anschober. Es gilt nun zu hoffen,





dass zumindest nach diesen fünf Wochen sofort und genügend Impfstoff zur Verfügung steht.

Wir sind gut genug,

dass wir seit mehr als einem Jahr alle Vorschriften zu COVID-19 vollziehen und überwachen.

Noch vor einem Jahr fuhr die Polizei als Stimmungsaufheller mit „I am from Austria“ durch die Straßen und die Bevölkerung applaudierte von den Balkonen. Offensichtlich reicht das auch Minister Anschober als Wertschätzung gegenüber der Polizei und er verzichtet auf eine rasche Impfung derer, die das System von Beginn an auch aufrecht erhalten und sich bei den Demonstrationen bis dahin ungeschützt ansprechen lassen können.

Damit sind wir aber

auch schon beim zweiten Thema, den wöchentlichen Demonstrationen, die nicht nur in Wien, sondern auch in anderen Städten und Regionen stattfinden. Alleine die Demonstrationen selbst wären ja gar kein Problem und sie gehören zum Bürgerrecht dazu, wenn dabei auch alle Vorschriften und Gesetze, auch die Covid-Vorschriften, eingehalten werden. Wenn das aber

nicht so ist und sich aber unter den Demonstranten neben den COVID-Leugnern und Einschränkungsgegnern

Dem Fass wird allerdings dann der Boden ausgeschlagen, wenn sich der Klubobmann der FPÖ und ehemalige Innenminister bei solchen Demos hinstellt und seine anheizenden Reden hält.

auch andere Gruppierungen befinden, die nichts anderes im Sinn haben, als gegen die Polizei Gewalt zu üben, dann läuft was falsch. Dem Fass wird allerdings dann der Boden ausgeschlagen, wenn sich der Klubobmann der FPÖ und ehemalige Innenminister bei solchen Demos hinstellt und seine anheizenden Reden hält. Der ehemalige Innenminister, der sich immer gerne in einer Polizeijacke zeigte, der die Pferdepolizei (vielleicht für solche Einsätze) einführen wollte, der ehemalige Innenminister,

der laut Selbsteinschätzung und nur auf Grund dieser, der Beste in der 2. Republik gewesen sein soll.

Wenn es dann

noch dazu führt, dass ein völlig unbeteiligter Wachmann einer Bewachungsfirma und zahlreiche Polizistinnen und Polizisten zum Teil schwer verletzt werden, dann ist Schluss mit lustig. Das kann ich nur mehr auf das Schärfste verurteilen. Wenn jemand im hohen Bogen aus dem BM.I geflogen ist, dann treibt einen offenbar nur mehr der Hass, da ist es anscheinend auch egal, dass sich dieser Hass gegen die Polizistinnen und Polizisten richtet.

Ich persönlich möchte

mich an dieser Stelle wieder einmal sehr herzlich für eure täglich tadellose Dienstverrichtung bedanken. Das ist nicht nur so dahingesagt, denn ich weiß, dass euer Geschäft derzeit alles andere als einfach ist. Wie es scheint, wird uns die Pandemie noch längere Zeit beschäftigen. Ich wünsche euch alles Gute, viel Kraft und Geduld und vor allem Gesundheit dafür.

Euer

Reinhard Zimmermann
(Bundesvorsitzender)

Fest steht, dass es dem Gesundheitsminister Anschober offensichtlich nicht wichtig ist, das Personal im Innenministerium wie vereinbart zu impfen.

Wenn jemand im hohen Bogen aus dem BM.I geflogen ist, dann treibt einen offenbar nur mehr der Hass.

Adolf Gamperl

Ges.m.b.H.

Dachdeckerei
Spenglerei

8053 GRAZ, Pirschäckerstraße 31
Tel. 0316/58 56 35, Fax: 0316/57 48 42
Mail: dachdeckerei.gamperl@aon.at
Web: www.gamperl-dach.at

Tag und Nacht für Sie unterwegs!!!

FRANZ WALCH

Transportges.m.b.H. & CoKG

Nah- und Fernverkehr, Container- und Langleisentransporte,
Mobil- und Ladekräne, Sattelzüge, Tieflader,
Schwertransporte

8020 Graz, Franz-Prater-Straße 4
Tel. 0316 / 581243, Fax: -14
Mobil: 0664 / 20 46 200
e-mail: walch-trans@aon.at

Container-Lager:
8501 Lieboch, Hans-Thalhammer-Str. 30



ROHMILCHKÄSE EDLE WEINE



KAISER-JOSEF PLATZ, GRAZ Stand 14, Montag bis Samstag 7-13 Uhr
MARIAGRÜNER BAUERNMARKT Freitag 14-17:30 Uhr
BAUERNMARKT BRUCK A.D. MUR Samstag 7-12 Uhr
BAUERNMARKT LEOBEN Dienstag und Freitag 7-12 Uhr
BAUERNMARKT MÜRZZUSCHLAG Samstag 7:30-11:30 Uhr
WOCHENMARKT KINDBERG Mittwoch 7-12 Uhr

komm
auf die
KAS ALM!

www.kasalm.at • office@kasalm.at • T.+43 688 - 813 4 811

TISCHLEREI · DESIGN BUCHER

Andreas BUCHER
Tel. 0664 / 46 17 128

A-8501 LIEBOCH, Doblerstr. 22
Tel. 03136 / 61 9 89 • Fax: DW 4
sanierungen-bucher@aon.at



APOTHEKE NEUHART

Mag. pharm. Dr. Norbert Berger KG

Kärntner Straße 152 | 8053 Graz | Tel. 0316 / 27 21 88



Verbesserte Vernetzung von Polizeidaten

Auch Kriminelle nutzen die Möglichkeiten zur Vernetzung immer mehr, daher muss die Politik für die Kriminalitätsbekämpfung mehr und bessere Vernetzung möglich machen. In diesem Sinne bringen wir die Vernetzung der Behörden-Datenbanken zügig voran.

Bei behördlichen Informationslücken haben Kriminelle ein leichtes Spiel und können zum Beispiel mit Mehrfachidentitäten unerkant unterwegs sein“, sagt Lukas Mandl, Sicherheitssprecher der ÖVP im Europaparlament. Im Fokus steht, dass Polizei- und Grenzschutzbehörden schnell und auf Knopfdruck in Datenbanken zu relevanten Informationen kommen.

Entscheidender Schritt

„Obwohl sie bereits in unseren Datenbanken erfasst sind, gelingt es Terroristen, anderen Schwerverbrechern und Asylbetrüglern immer wieder, unterzutau- chen. Der Polizei fehlt der Informationszugang, weil ein vernetzter Abgleich der Datensätze in den unterschiedlichen Datenbanken bisher nicht ausreichend möglich ist. Ein Abgleich

von biometrischen und biografischen Daten in allen Datenbanken wäre ein entscheidender Schritt vorwärts und eine immense

Im Fokus steht, dass Polizei- und Grenzschutzbehörden schnell zu relevanten Informationen kommen.

Hilfe in der Verbrechensbekämpfung“, sagt Mandl: „Wir brauchen zudem einen Überblick über Einreisen und müssen zuverlässig wissen, wer sich in der EU aufhält. Nur wenn wir alle relevanten Daten konsequent erheben und die Polizei- und Grenzschutzbehörden rasch und unkompliziert auf diese zugreifen können, können wir der zentralen politischen Aufgabe, Schutz und Sicherheit zu gewährleisten, angemessen nachkommen.“

Technisch vereinfacht

Mandl ergänzt: „Mir ist der Datenschutz ein zentrales Anliegen. Er gehört sogar zum Kern dessen, was wir

verteidigen, wenn wir vom europäischen Lebensmodell sprechen. Daher ist es wichtig, zu betonen, dass es im Zuge der anstehenden Verbesserungen keine datenschutzrechtlich relevanten Änderungen gibt. Der Zugriff der Behörden auf Daten wird nicht inhaltlich erweitert, sondern technisch vereinfacht.“ Bis 2023 sollen alle Datenbanken voll funktionsfähig sein und nahtlos ineinandergreifen. Alle Daten wären dann für die Polizei- und Grenzschutzbehörden über ein Portal auf Knopfdruck verfüg- und vergleichbar.

Vernetzt werden

das Schengen-Informationssystem SIS II, das Visa-Informationssystem VIS, die Fingerabdruckdatenbank für Asylwerber Eurodac, das Strafregisternetzwerk ECRIS und die geplanten Datenbanken für das Europäische Reiseinformationssystem ETIAS, das Europäische Einreise- und Ausreisensystem EES.



Lukas Mandl
Außenpolitik- und Sicherheitssprecher der ÖVP im Europaparlament



ren konnten so bereits in weniger als 72 Stunden negativ beschieden werden.“

Das Schnellverfahren

Ziel des Schnellverfahrens ist die schnellstmögliche Trennung zwischen schutzbedürftigen und nichtschutzbedürftigen Menschen durch Bündelung der ersten Schritte des Asylverfahrens. Innerhalb von 72 Stunden wird bei allen Asylantragstellern innerhalb der beschleunig-

400 Asylverfahren bereits in weniger als 72 Stunden negativ entschieden

BM Karl Nehammer: Schnellverfahren trennt erfolgreich zwischen Asyl und Migration

Wir müssen ganz klar zwischen Asyl und Migration trennen. Schnellverfahren geben uns die Möglichkeit, rasch zwischen Schutz- und Nichtschutzbedürftigen zu unterscheiden und schnell negative Bescheide auszustellen“, sagte Innenminister Karl Nehammer nach Abschluss der erfolgreich verlaufenden Testphase.

„Asylwerberinnen und Asylwerber aus sicheren Herkunftsländern sollen nicht länger als unbedingt nötig im Asylverfahren sein, sondern rasch Gewissheit haben, dass es in Österreich kein Asyl für Wirtschaftsmigranten gibt.“ Er sei froh, dass die Testphase erfolgreich verlaufen sei und man in den Regelbetrieb übergehen könne, sagte der Innenminister. „Mehr als 400 Asylverfah-

ten Verfahrensabwicklung geklärt: Die Identität, Herkunft und Routen, die Schlepperei, die EURO-DAC-Registrierung und Zuständigkeit Österreichs sowie eine allfällige Strafbarkeit, Verurteilung oder Fluchtgründe und auch der medizinische Bedarf.

Abschiebungen von Verurteilten steigen

Über die Hälfte der zwangsweise ausgewiesenen Personen war strafrechtlich verurteilt.

Auf der Grundlage der rechtlich abgeschlossenen Verfahren hat Österreich im Jahr 2020 – trotz der COVID bedingten Umstände – nahezu 9000 Personen abgeschoben. Das zeigen die aktuellsten Zahlen des Bundesministeriums für Inneres.

Straffällige Jugendliche

Über die Hälfte der zwangsweise ausgewiesenen Personen war strafrechtlich verurteilt. Dabei handelte es sich vor allem um junge Männer, die in Österreich Gewaltdelikte verübt hatten und rechtswirksam verurteilt worden waren.

Tendenz steigend

Der Anteil der strafrechtlich verurteilten Personen unter den abzuschiebenden Personen steigt ständig an. Waren 2018 noch 40 Prozent aller zwangsweise ausgewiesenen Personen strafrechtlich verurteilt, erhöhte sich dieser Anteil im Jahr 2019 auf 45 Prozent und 2020 auf 54 Prozent aller abgeschobenen Personen.

Die Steigerung dokumentiert das Faktum, dass strafrechtlich verurteilte Personen abgeschoben werden, sobald dies rechtlich geboten ist. Diese Abschiebungen erfolgten überwiegend in Staaten

wie Afghanistan, Pakistan oder Nigeria.

Beendigung des Aufenthalts

In der Umsetzung des Fremden- und Aufenthaltsrechts wurde 2020 in rund 40.000 Fällen entschieden, den Aufenthalt zu beenden. Damit erhöhte sich die Anzahl der Ausweisungen gegenüber dem Jahr 2019 um 15 Prozent und der Rückkehrentscheidungen um 12 Prozent. Das dokumentieren Zahlen des Innenministeriums.

CR Claus Reitan
<https://zur-sache.at>



Foto: LPD Steiermark, Jürgen Markowicz

Österreich führte am 23. Februar 2021 17 afghanische Staatsangehörige nach Afghanistan zurück.

FRONTEX-Charteroperation nach Afghanistan durchgeführt

Österreich führte am 23. Februar 2021 17 afghanische Staatsangehörige nach Afghanistan zurück.

Am 23. Februar 2021 fand unter speziellen Schutzvorkehrungen eine von Schweden organisierte gemeinsame EU-Rückführungsaktion unter der Koordination von FRONTEX nach Afghanistan statt. Es wurden dabei insgesamt 37 afghanische Staatsangehörige an die Behörden in Kabul übergeben, davon 17 aus Österreich, zwölf aus Schweden, je zwei aus Bulgarien, Ungarn und Belgien sowie je eine Person aus Luxemburg und aus der Slowakei. Bei den 17 aus Österreich rückgeführten Personen

handelt es sich ausschließlich um Personen, bei denen die Zulässigkeit einer Rückführung in allen Fällen

Elf der aus Österreich rückgeführten Personen wurden während ihres Aufenthalts im Bundesgebiet straffällig und aufgrund unterschiedlicher Delikte strafrechtlich verurteilt.

in einem rechtsstaatlichen Verfahren umfassend geprüft wurde. Es wurden dabei ausschließlich Per-

sonen rückgeführt, deren Asylverfahren rechtskräftig negativ abgeschlossen wurde und die somit verpflichtet waren, das österreichische Bundesgebiet zu verlassen.

Elf der aus Österreich rückgeführten Personen wurden während ihres Aufenthalts im Bundesgebiet straffällig und aufgrund unterschiedlicher Delikte strafrechtlich verurteilt. Die insgesamt 38 Delikte umfassen (versuchte) Vergewaltigung, (schwere) Nötigung, Körperverletzung, gefährliche Drohung, Freiheitsentziehung, Raub, (schweren) Diebstahl, Sachbeschädigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt sowie Suchtmitteldelikte.

Von Schweden organisierte gemeinsame EU-Rückführungsaktion unter der Koordination von FRONTEX

Einschätzung der Lage in Afghanistan

Mit der Staaten-dokumentation verfügt das BFA über eine spezialisierte Abteilung, die die Lage in Afghanistan entsprechend beobachtet und dokumentiert und den Ins-

tanzen des Asylverfahrens zur Verfügung stellt.

Die grundsätzliche Einschätzung der Lage in Afghanistan durch das BFA entspricht der von anderen europäischen Partnern

sowie der europäischen Asylagentur (EASO). Eventuell drohende Gefahren bei einer Rückkehr nach Afghanistan werden in jedem Einzelfall genau geprüft.



Mitgliederanstieg der Solidar- gemeinschaft GÖD im Jahr 2020

Trotz der Pandemie und den damit verbundenen Kontaktbeschränkungen ist die Mitgliederzahl der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) auf insgesamt 255.910 angestiegen.



Norbert Schnedl
GÖD-Vorsitzender

**Zuwachs um 949
Gewerkschafts-
mitglieder inner-
halb eines Jahres**

Das entspricht mit 1. Jänner 2021 einem Zuwachs um 949 Gewerkschaftsmitglieder innerhalb eines Jahres.

Diese hohe Mitglieder-dichte ist bei Verhandlungen ein starkes Argument und zeigt deutlich: Die Gewerkschaftsidee hat nichts an Aktualität eingebüßt. Im Gegenteil. Eine starke Solidargemeinschaft ist gerade in Krisenzeiten wichtiger denn je.

„Ein stabiler und funktions-

*Die Gewerkschafts-
idee hat nichts an
Aktualität einge-
büßt. Im Gegenteil.
Eine starke Solidar-
gemeinschaft ist ge-
rade in Krisenzeiten
wichtiger denn je.*

fähiger Öffentlicher Dienst ist Garant für die Funktionsfähigkeit des Staates sowie für Rechtsstaatlichkeit und

unsere Demokratie. Das hat das Jahr 2020 wie kaum ein anderes einmal mehr bestätigt. Nur durch Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt kann es gelingen, so rasch als möglich zur Normalität des öffentlichen Lebens zurückzukehren. Daher gilt der Dank allen Kolleginnen und Kollegen, die durch ihre Mitgliedschaft Solidarität leben und der GÖD damit auch den nötigen Rückhalt bei künftigen Verhandlungen verschaffen. Schnedl über die steigenden Mitgliederzahlen.

“Wir werden uns auch in Zukunft mit aller Kraft für die Interessen all unserer Kolleginnen und Kollegen einsetzen“, verspricht GÖD-Chef Norbert Schnedl.



göd.fcg

**Kolleginnen und
Kollegen stärken.
Verantwortung
leben.**

www.goedfcg.at



GÖD - Justizwachegewerkschaft über den Impfplan im Strafvollzug empört!

Gewerkschaft und Personalvertretung fordern Bundesminister Anschober auf, den Justizwachebediensteten noch vor den Insassen ein Impfangebot zu unterbreiten.

Scharf und unmissverständlich kritisiert der Vorsitzende der GÖD-Justizwachegewerkschaft Albin Simma die Prioritätensetzung des Gesundheitsministeriums bezüglich Schutzimpfungen im Strafvollzug gegen COVID-19.

„Die Ankündigung, dass Insassen bei der Schutzimpfung vor den Justizwachebediensteten gereiht werden, ist untragbar. Die Kolleginnen und Kollegen der Justizwache sind systemrelevant und leisten auch unter schwierigsten Bedingungen hervorragende Arbeit – und das unter strenger Einhaltung der Hygienemaßnahmen, um eine Ansteckung

unter den Gefangenen zu vermeiden. Den Kolleginnen und Kollegen gebührt nicht nur unsere Wertschätzung, sondern

Gewerkschaft und Personalvertretung fordern Bundesminister Anschober auf, den Justizwachebediensteten noch vor den Insassen ein Impfangebot zu unterbreiten.

sie müssen auch vor einer COVID-19-Erkrankung geschützt werden. Das ist für die Aufrechterhaltung der Sicherheit in unserem Land unerlässlich“, fordert Simma den zuständigen Bundesminister Rudolf Anschober mit Nachdruck dazu auf, den Justizwache-

bediensteten noch vor den Insassen ein Impfangebot zu unterbreiten.

Es ist vollkommen unverständlich

Diese Forderung bekräftigt auch der Vorsitzende der Personalvertretung Justizwache Norbert Dürnberger: „Es ist vollkommen unverständlich, dass in der Priorisierung der Gefährdeten jene in der Immunisierung den Vorrang bekommen, die als Insassen absolut von der Öffentlichkeit abgeschottet sind und zu den am besten geschützten Gruppen zählen“.

Gemeinsam appellieren Gewerkschaft und Personalvertretung an BM Anschober, die Bediensteten in den Gefängnissen vor deren Insassen zu impfen.

Albin Simma
Vorsitzender
GÖD-Justizwachegewerkschaft



Albin Simma kritisiert scharf und unmissverständlich die Prioritätensetzung des Gesundheitsministeriums



OFFENER BRIEF!



Norbert Dürnberger

Das wird als Affront angesehen, der nicht ohne Weiteres hingenommen werden wird.

Norbert Dürnberger, Vorsitzender im ZA der **Personalvertretung Exekutive**, appelliert mittels offenem Brief an die Sprecher der AnstaltsleiterInnen...

... Herrn Hofrat **Dr. Josef Mock**, JA Graz Karlau

... Herrn **Brigadier Erich Huber-Günsthofer**, JA Sonnberg

... Herrn **Oberst Wolfgang Turner**, JA Korneuburg

rote Linien, welche die Interessen der Justizwache betreffen, nicht zu überschreiten!

29.03.2021

Sehr geehrte Sprecher der AnstaltsleiterInnen!

In Kenntnisnahme des Umstandes, dass angedacht wird, sogenannte HauptsachbearbeiterInnen-Planstellen der EXEKUTIVE auch für die KollegInnen der zivilen Bediensteten zukünftig auszuschreiben, warnt die Personalvertretung vor einer nicht wieder gut zu machenden Eskalation zwischen Justizwache und DienststellenleiterInnen in einer an und für sich harmonischen Beziehung zwischen Dienstgeber und Exekutive in den Justizanstalten.

Diese beabsichtigten Eingriffe, sowohl in individuelle Karrierewege der EXE, als auch in der Vergangenheit hart erkämpfte Arbeitsplätze explizit der Justizwache, sind für mich als obersten Personalvertreter absolut inakzeptabel und findet in diesem Vorhaben auch keine inhaltliche Begründung. Vielmehr muss angesprochen werden, dass diese Planstellen ausschließlich dem Exekutivdienst zugeordnet sind und sich auch die Kernaufgaben, wie zB. die für den Justizwachdienst existenziell wichtige Diensteinteilung darin wiederfindet.

Als vor Jahren die Stellenmodelle neu geschaffen wurden, musste die Personalvertretung schmerzhaft Einsparungen von Exekutivplanstellen hinnehmen und im Gegenzug wurden diese Hauptsachbearbeiter der Exekutive zugesagt und **zugesichert**.

Warum nun in einigen Justizanstalten bereits nach wenigen Jahren Bestrebungen im Gange sind, diese, für uns hart erkämpften Exekutivplanstellen zu opfern, spricht gegen jegliche Logik und wird als Affront angesehen werden, der nicht ohne Weiteres hingenommen werden wird.

Eine gute Zusammenarbeit aller Berufsgruppen, selbstverständlich mit dem Hinweis darauf, dass die Justizwache 24 Stunden am Tag und 31 Tage im Monat als Garant für einen aufrechten Anstaltsbetrieb gilt, ist gewünscht und wird auch forciert.

Sehr geehrte Sprecher der AnstaltsleiterInnen, geschätzte Vorgesetzte, ich **appelle** an euch eindringlich, im Interesse einer gedeihlichen Zusammenarbeit, im Hinblick auf das an und für sich gute Gesprächs- und Betriebsklima, sich gemeinsam hinter EURE Exekutive zu stellen und derartige berufsspezifisch bedeutende Veränderungen zu unterlassen!

Mit kollegialen Grüßen
Norbert Dürnberger
Vorsitzender der PV Exekutive



Antonius – Apotheke Wagna

Mag. Birgit Bartl – Martiniuk KG

Marburgerstraße 87
8435 Wagna

Telefon: +43 3452 71721
Fax: +43 3452 71721 - 4
E-Mail: antonius.wagna@aon.at

DUVENBECK 
THE CULTURE OF LOGISTICS

DUVENBECK UNTERNEHMENSGRUPPE

vertreten durch
Duvonbeck Logistik GmbH
Geschäftsführer: Mag. Norbert Joichl
Gerichtsstand Graz - Firmenbuch FN 262945i

Styriastraße 35
A-8042 Graz

Phone: +43/(0)316-40-75-66-12
Fax: +43/(0)316-40-75-66-53
Mobile: +43/(0)664-215-66-01
Mail: apein@duvenbeck.de
Web: www.duvenbeck.de

STAUDINGER  **METALLBAU** GmbH

A-8020 Graz, Brückengasse 20
Tel.: 0316 / 71 52 55
Fax: 0316 / 71 52 55 - 27

Ihr Spezialist für Edelstahl, Aluminium, Messing und Stahl

Internet: www.staudinger-metallbau.at
E-mail: office@staudinger-metallbau.at



Lilien Apotheke
Dr. Stefan Wegscheider e.U.
Kärntner Straße 537
8054 Seiersberg

Tel.: 0316/ 25-30-05
Fax.: 0316/ 25-30-05-5
MO-FR: 7.30 bis 19.00
SA: 8.00 bis 12.00
e-mail: info@lilienapotheke.at
www.lilienapotheke.at

Das Team der Lilien Apotheke wünscht allen Polizistinnen und Polizisten viel Erfolg und Kraft im Beruf und im privaten Bereich. Besuchen Sie uns auch auf Facebook und auf unserer Homepage.
Ihre Lilien Apotheke

Sehr geehrter Herr Bundesminister Anschöber!



Günter Lameraner
FA NÖ und
Polizeigewerkschaft

Wir sind wirklich stolz auf Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitsministerium

Die *Polizistinnen und Polizisten werden später geimpft – Ihre „beste“ Entscheidung 2021, zu der ich ihnen in diesem offenen Brief sehr herzlich gratuliere!*

Herzlichen Dank für Ihre Wertschätzung an uns Polizistinnen und Polizisten bei der Pandemiebekämpfung seit dem Frühjahr 2020.

Im Namen unserer Kolleginnen und Kollegen darf ich Ihnen für die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen in der Zusammenarbeit den uneingeschränkten Respekt aussprechen.

Wir sind wirklich stolz auf Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitsministerium und Eure dabei geleistete Arbeit. Alle Verordnungen hielten allen Überprüfungen durch Gerichte und Höchstgerichte stand und erleichterten uns unsere Arbeit ungemein.

Professionelle Anordnungen

Die äußerst hochqualitativen und professionellen Anordnungen und Vorschriften, sowie deren äußerst schwer, ja fast unmögliche, Umgehung sollen hier nicht unerwähnt bleiben.

Besonders stolz sind wir Polizistinnen und Poli-

zisten auch, dass wir zu Stimmungsmachern und fahrenden Plattenspielern -neudeutsch: MP4 Player-

Polizistinnen und Polizisten werden später geimpft – Ihre „beste“ Entscheidung 2021.

gemacht wurden und immer von Rechtssicherheit umgeben waren. Richtig begeistert sind und waren wir über die MNS-Masken und in weiterer Folge die FFP 2 – Masken während des Streifendienstes.

Unübertroffene Kompetenz

Ihre unübertroffene Kompetenz zum Thema Lockdown und die anschauliche Präsentation von Ansteckungs-, Infektions-, und was auch immer – KURVEN, verhalf Ihnen zum respektvollen Titel „KURVENRUDI“, welcher durch die Mobilitätszahlen des 2. und angeblichen 3. Lockdowns ihre Bestätigung erfuhren.

Gekonnt und unverwundbar, manches Mal wie Don Quichote allein gegen Windmühlen, immer mit klaren und völlig nachvollziehbaren Differenzierungen der angeordneten Maßnahmen, standen Sie

gegenüber den ehrfurchtsvollen Medien.

Der hoffnungsvolle Ausspruch: „die nächsten zwei Wochen werden entscheidend sein!“, in Verbindung mit raschesten Reaktionen und Kontrollen, die überfallsartig zwischen drei Tagen und einer Woche lagen, beeindruckten nicht nur uns Polizistinnen und Polizisten, sondern die gesamte Bevölkerung! Vollkommen zu Unrecht wurden sie als „Angstschober“ tituliert.

Vollkommen nachvollziehbare Bescheide

Die Überprüfung der Quarantäneeinhaltung bzw. verfügbaren Verkehrsbeschränkungen, anfangs noch inflationsartig mit der Gießkanne über die Bevölkerung gegossen, später mit wiederum vollkommen nachvollziehbaren Bescheiden verfügt, beschäftigten uns noch immer. Vielleicht überrascht Sie das, aber ja, wir dürfen dies alles kontrollieren.

Gott sei Dank sind wir Ihre ausführenden Unterstützer und Assistenzdienstleister!

Wir wüssten sonst vielfach wirklich nicht, was wir an den Wochenenden mit unseren Familien machen sollten. So ein Spaziergang in der frischen Luft mit Querdenkern und Coronagegnern hilft uns im





gesellschaftlichen Weitblick. Wie hätten sonst unsere jüngeren Kolleginnen und Kollegen Kontakt zu amtsbekannten Rechtsextremen und fanatischen linken Gruppen der Gesellschaft herstellen können?

So ein Spaziergang in der frischen Luft mit Querdenkern und Coronagegnern hilft uns im gesellschaftlichen Weitblick.

Wir sind wirklich gerne mit der Klientel unterwegs und freuen uns bereits unter der Woche auf die Anpöbelungen, das Anspucken und die persönlichen Drohungen!

Weil diese Personengruppen unorganisiert und chaotisch sind, treffen wir sie bei fast allen Demos.

Sie kennen vielleicht die beschriebene Situation nicht am eigenen Leib, wir haben Sie ja bisher noch nie bei solchen Kundgebungen gesehen, obwohl Sie durch meine Kolleginnen und Kollegen Personenschutz erhalten.

Undankbar

Vielleicht sind wir Polizistinnen und Polizisten, nein wahrscheinlich alle Öffentlich Bediensteten, nur undankbar und erkennen nicht Ihren Einsatz und den Ihrer Regierungskolleginnen und -kollegen, insbesondere des Herrn Beamtenministers und Vizekanzlers, für uns alle. Wir sehen nicht Ihren unermüdlichen Einsatz und die Wertschätzung für uns beim vielfach seit Beginn der Pandemie angepriesenen und angekündigten Corona-Bonus.

Leider können wir nicht einschätzen, dass dies in der mit uns immer und überall vergleichbaren Pri-

vatwirtschaft kein Thema mehr ist, weil vielfach bereits ausbezahlt.

Wertschätzung

Die immer wieder geforderte Bereitschaft des Öffentlichen Dienstes, es muss den Kolleginnen und Kollegen doch die „sichere Anstellung“ etwas wert sein, verstehen wir nicht. Vielleicht auch deshalb, weil wir mit dieser Wertschätzung keine Rechnungen, Kredite, Unterhaltskosten usw. bestreiten können.

Im Namen alle Polizistinnen und Polizisten (Sie haben davon ein paar in ihrer unmittelbaren Umgebung) bedanke ich mich für Ihre Wertschätzung und ihre Unterstützung. Vor allem beeindruckt mich persönlich, dass Sie sich auf die sprichwörtlichen Schienen geworfen haben, um uns endlich unseren Impfstoff vorzuenthalten!

Günter Lameraner

Rudolf Anschober
Gesundheitsminister

Vor allem beeindruckt mich persönlich, dass Sie sich auf die sprichwörtlichen Schienen geworfen haben, um uns endlich unseren Impfstoff vorzuenthalten!



Foto: Adobe Stock/ © Markus

Anlässlich der am Wochenende vom 6. bis 7. März 2021 stattgefundenen Demonstrationen und deren Nachspiel wendete sich Franz Ruf, Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, mit einem Brief an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innenministeriums. Ruf richtet sich ebenfalls mit einem Apell an mediale und politische Verantwortungsträger.

Mitarbeiterbrief von Generaldirektor Franz Ruf



Foto: © BMI / Pachauer

Franz Ruf
Generaldirektor für die
öffentliche Sicherheit

Ich danke Ihnen allen für Ihr Engagement und Ihren Mut in diesen schwierigen Zeiten.

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Das Handeln unserer Polizistinnen und Polizisten steht durch die Demonstrationen der vergangenen Tage im Blickpunkt des öffentlichen Interesses.

Wir sehen uns alle mit großen Herausforderungen in Zusammenhang mit COVID-19 konfrontiert und nach mehr als einem Jahr Pandemie sind wir alle der Situation mehr als überdrüssig. Dass aber Unruhestifter und radikale Personen diese Stimmung nutzen und Gewalt gegen Mitmenschen und Polizei einsetzen, ist eine Grenzüberschreitung und kann nur auf das Schärfste verurteilt werden.

Die Polizei handelt in sensiblen Bereichen und ist eine wesentliche Säule des demokratischen Rechtsstaates und unserer freien Gesellschaft.

Als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innenministeriums garantieren Sie Grund- und Freiheitsrechte und schützen alle Menschen in Österreich. Auch jene, die an widerrechtlichen Zusammenkünften teilnehmen. Dass die Polizei dafür mit Gewalt und Unwahrheiten konfrontiert wird, ist inakzeptabel.

Die Polizei handelt in sensiblen Bereichen und ist eine wesentliche Säule des de-

mokratischen Rechtsstaates und unserer freien Gesellschaft. Um diese Freiheiten zu garantieren, setzen Polizistinnen und Polizisten jeden Tag ihre Gesundheit aufs Spiel. Das hat sich auch am vergangenen Wochenende gezeigt, an dem vier Polizisten im Laufe des Demonstrationsgeschehens verletzt wurden. Das vergangene Wochenende hat aber auch gezeigt, dass trotz schwierigster Rahmenbedingungen ein erfolgreicher polizeilicher Einsatz möglich ist und die Durchsetzung wichtiger Maßnahmen im Kampf gegen die Corona-Pandemie gelingen kann.

Ich bitte alle medial und politisch Verantwortlichen diese wichtige Rolle der Polizei zu würdigen und die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen nicht durch unrichtige Behauptungen zu diskreditieren. Die öffentliche Sicherheit und der Zusammenhalt unserer Gesellschaft sind zu wichtig, um sie durch Unwahrheiten zu gefährden.

Ich danke Ihnen allen für Ihr Engagement und Ihren Mut in diesen schwierigen Zeiten. Sie haben der Polizei durch Ihr entschlossenes und besonnenes Handeln alle Ehre gemacht. Das beweist auch die Bilanz des vergangenen Wochenendes. Den vier Verletzten Polizisten wünsche ich gute Besserung und eine rasche Genesung.

Ihr
Franz Ruf
Generaldirektor
für die öffentliche Sicherheit

Die Kritik an der Polizei durch FP-Klubobmann Herbert Kickl wird von der Bevölkerung nicht geteilt.

Foto: Adobe Stock/© Mummert-und-Ibold



67 Prozent der Bevölkerung lehnen Kritik von FP-Kickl an der Polizei ab

Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung Österreichs haben sehr großes oder großes Vertrauen in die Polizei. Die Kritik an der Polizei durch FP-Klubobmann Herbert Kickl hält die Hälfte der Bevölkerung hingegen für „gar nicht“ angebracht.

Dies ist das Ergebnis einer Umfrage des Instituts für Demoskopie und Datenanalyse (IFDD) im Auftrag von „Zur-Sache.at“, dem online-Magazin des Parlamentsklubs der Neuen Volkspartei.

Die Kritik an der Polizei durch FP-Klubobmann Herbert Kickl wird von der Be-

Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung haben ausdrückliches Vertrauen in die Polizei

völkerung nicht geteilt. Die kritischen Worte Kickls nach der Corona-Demonstration in Wien halten zwei Drittel der Bevölkerung für nicht angebracht: 51 Prozent antworteten, die Kritik Kickls sei „gar nicht angebracht; 16 Prozent antworteten, diese Kritik „halte ich weniger für angebracht“. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung lehnen die Kritik Kickls an der Polizei ab.

Und wieder wurden in Wien Großdemonstrationen abgehalten.

Wie lange noch?

Die Frage werde ich nicht los:
Was macht denn dieser Kickl bloß?
Er wettet ständig, hetzt und schimpft,
belächelt jeden, der geimpft!
Geht auf die Straße, demonstriert,
verspottet jeden, der regiert.
Bezeichnet sie, versteckt, als Nieten,
nicht fähig, Hilfe anzubieten!

Den Mann plagt tiefer Frust und Hass,
ruft lautstark ohne Unterlass
mit öden Phrasen laut und keck:
„Wir fordern dringend, Kurz muss weg!“

Kein Wort von Lösungen zur Sache,
kein Hinweis, was er besser mache,
wenn Kurz den Kanzlerstuhl geräumt.
Hab ich hier etwa gar versäumt,
was Kickl besser machen könnte,
wenn man die Möglichkeit ihm gönnte?

Ihm geht es scheinbar nur zunächst,
dass immer mehr der Unmut wächst,
und die Regierung, wie zuletzt,
so rasch wie möglich abgesetzt.

Wie's mit Corona weiter geht,
wohlweislich nicht zur Sache steht.
Dass „Straßenkämpfe“ ausgetragen,
auf Polizisten eingeschlagen
wie unlängst erst erfolgt in Wien,
nimmt man als „gottergeben“ hin!

Die Meinungsfreiheit lebe hoch!
Ich frage mich, wie lange noch?

Willibald Zach, Oberst i.R.
<http://www.reim-zum-tag.at>

**Die Meinungsfreiheit lebe hoch!
Ich frage mich, wie lange noch?**